

# Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO.—VAL J. PETER, Pres.  
1307-09 Howard St. Phone: Tyler 340. Omaha, Neb.  
Des Moines, Iowa, Branch Office: 414—6th Ave.

Preis des Tagesblatts: Durch den Träger, per Woche 12½ Cents; durch die Post, bei Vorauszahlung, per Jahr \$6.00; sechs Monate \$3.00; drei Monate \$1.50.  
Preis des Wochenblatts bei Vorauszahlung \$2.00 das Jahr.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Samstag, den 17. April 1920

## Bryan und Hitchcock.

Die Fehde zwischen Bryan und Hitchcock ist eine rein persönliche Angelegenheit, die sich um nichts mehr und nicht weniger als die Führerschaft der Partei in Nebraska dreht. Wer da glaubt, daß Bryan mit Ausnahme für die Prohibition für andere Grundzüge eintritt als Hitchcock, ist sehr im Irrtum. Viele Bürger Nebrasas vertragen es Senator Hitchcock, weil er mit aller Macht für die Ratifizierung des Friedensvertrages eintritt. Da entsteht die Frage, was tut denn Bryan in dieser Hinsicht? Bryan half in seiner jüngsten Rede in Nebraska, mit der er die Kampagne für die Ratifizierung des Vertrages eröffnete, mit großem Nachdruck folgendes in die Zuhörerreihe hinausgeschrien:

„Niemand in diesem Lande hat mehr für die Ratifizierung des Friedensvertrages gewirkt als ich. Niemand hat den Präsidenten in seinem Kampfe für Beendigung des Krieges größere Unterstützung angedeihen lassen als ich. Ich bin sogar bereit, die Verdienste Hitchcock's anzuerkennen, die er sich in dieser Hinsicht erworben hat.“

Das war im Februar als Bryan seinen heroischen Versuch machte, den Kongress zu veranlassen, den Vertrag zu ratifizieren. Als sich dann Hitchcock unerwartet für die Genehmigung der Prohibition stark und frei aussprach, begann der neue Kampf Bryan's gegen Hitchcock, der jetzt in eine wilde Schimpferei des „Commoner“ gegen den Senator ausartet, die eines wirklich großen Mannes unwürdig ist. Die Sache liegt einfach da: Die Demokraten, die gegen den Friedensvertrag sind, haben keine Wahl, sie müssen in jedem Falle für einen Freund des Vertrages stimmen, ob er nun Bryan oder Hitchcock heißt. Wie nun aber die Demokraten deutscher Herkunft für Bryan stimmen möchten, ist uns unbegreiflich. Bryan tritt für alle Sachen ein, die sie bekämpfen, Hitchcock dagegen ist nur für den Vertrag, im übrigen aber steht er auf Grundfragen, die die Grundzüge freier Männer und Frauen sind. Wie könnte da die Wahl schwer werden. Das ist die einzige Frage, die sich die Bürger deutscher Herkunft vorzulegen haben, wenn sie nächsten Dienstag zwischen Bryan oder Hitchcock entscheiden. Und da dürfte die Wahl nicht schwer werden.

Die Bürger sind in dem persönlichen Kampfe zwischen Bryan und Hitchcock nicht interessiert. Sie sind nur interessiert in den Sachen, für welche beide eintreten. Das ist die Frage, und diese bedingt die Unterstützung Hitchcock's und seiner Delegation; ebenso wie sie die Unterstützung von Hitchcock's Freund Arthur Wallen als Mitglied des demokratischen Nationalkomitees bedingt.

Wir möchten ein anderes zu bedenken geben. Während der Kämpfe um die durch das Simon-Gesetz bedrohte Sprachfreiheit war der „World-Herald“, das Blatt Hitchcock's, die einzige Zeitung in englischer Sprache im Staat, die für die Rechte der Fremdborenen eingetreten ist. In der für uns so bedeutungsvollen Sache hat der „Commoner“ seine Stimme nicht erheben lassen. In der Gewissheit, daß die Stimmen der Fremdborenen für sein Ständchen, die Prohibition, nicht zu haben wären, hat Bryan entgegen seinen oft angepriesenen Prinzipien von dem „gleichen Recht für alle“, der Anerkennung der im Ausland geborenen Bürger schweigend zugestimmt. Er wußte, daß die radikalsten Anglophilen auch die eifrigsten Anhänger der Trockenheit sind.

Wer möchte, wer kann da angeht dieser unwiderleglichen Tatsachen Bryan, Hitchcock gegenüber, den Vorzug geben. Unsere Zukunftsinteressen bedin-

gen die einstimmige Unterstützung Hitchcock's und seiner Delegation.

## Die Franzosen in Frankfurt.

Die Franzosen waren schon einmal in Frankfurt. Im Jahre 1793. Damals waren es Truppen der jungen französischen Republik, die mit Waffengewalt ihr Dogma von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit über den Rhein trugen, die die Stadt besetzten. Als die freie Reichsstadt Frankfurt hörte, daß die Franzosen vor Mainz hielten, daß sich Mainz ergeben und Custine dort sein Hauptquartier aufgeschlagen hätte, ersuchte die Bürger ein furchtbares Schreck. Ehe sie sich davon noch erholen konnten, stand ein Korps von achthundert Franzosen, von General Neuwinger befehligt, vor den Toren der Reichshauptstadt und gebot die Einlass. Zuerst verlief alles gut und die Frankfurter fanden in den umgebenen Gassen ganz unangenehme und antipathische Leute. Als aber am folgenden Morgen, am 22. Oktober, bekannt wurde, daß der Bürgergeneral Custine eine Kontribution von zwei Millionen Gulden von der Stadt verlangt habe—daborte auch die Frankfurter Gemütsruhe auf. Der Senat landete in seiner Angst eine Deputation an Custine und bat ihn um Ermäßigung, und in der Tat ließ der General eine halbe Million ab. In unglaublich kurzer Zeit war die Kontribution bezahlt, was natürlich bei einer so reichen Stadt wie Frankfurt nicht Wunder nehmen konnte. Aber die Freude über die inzwischen auf vierhundert Mann angewachsenen Besatzung hatte bei den Einwohnern merkwürdig nachgelassen und man betrachtete sie mit äußerster Kritik. Heute blüht den Frankfurtern beim Anblick der umgebenen Gassen der Groll aus den Augen. Gerechtigkeit ist schon lange nicht mehr die Richtschnur der französischen Republik, die einst durch die Verkündung der Menschenrechte in ganz Europa Jubel und frohe Hoffnung erweckte. Vergebens sucht man bei den heutigen Nachfahren Frankreichs nach einer Spur von dem ausgezeichneten Geiste, welcher den ersten Funken glühender Begeisterung und wahrhaftiger Erkenntnis der Freiheit in die französische Nation warf. Sie möchten Deutschland zum Schauplatz der Spiele ihrer Leidenschaft oder auch nur ihrer Intrigen, ihrer Interessen oder ihrer Einfälle machen. Zeit wär's, daß ihrer Eigenmächtigkeit ein Dämpfer aufgesetzt würde. Nieher hätte man es freilich wohl gesehen, wenn nicht, wie es der Fall gewesen scheint, England, sondern die Vereinigten Staaten in Gerechtigkeit den Anstoß gegeben hätten.

## Hebt den Wert der Liberty Bonds!

Freiheitsbonds sollten ihrem Nennwert entsprechen. Der Kongress sollte es sich sogleich angelegen sein lassen, die Schuldheine auf pari zu bringen. Schon zu viele Amerikaner glauben, übers Ohr gehauen zu sein.

Man darf den ehemaligen Schatzamtssekretär McAdoo geradezu starke Ueberzeugung und um weit gehender Versprechungen sein. In seinem Eifer, die Bonds unterzubringen, machte er von allen möglichen großsprecherischen Redensarten Gebrauch.

Auf die bei McAdoo vorausgesetzte Autorität hin wurden diese leeren Versprechungen von der Presse und öffentlichen Rednern dem Volke übermitteln. Die „Tribüne“ erklärt sich in dieser Hinsicht nicht für schuldlos. Sie nahm die Versicherungen als die Versicherungen eines Beamten hin, der mußte, wovon er sprach.

McAdoo's Versprechungen sind alle unerfüllt geblieben. Die Bonds sind demnach im Werte gefallen, daß Leute von mäßigen Mitteln sich in ernstlicher Verlegenheit sehen. Der Wertniedergang hat eine gewaltige Bewegung zur Folge, deren Urheber es darauf abgesehen haben, sich schnell zu bereichern. Die Inhaber von Bonds entließen sich dieser auf die verführerischen Versprechungen von Bauernfängern hin und aus Furcht, daß, falls sie die Regierungskreditur nicht verkaufen, diese bald wertlos sein mögen.

Dem Kongress bleibt nichts anderes übrig, als für die weitgehenden, leeren Versprechungen McAdoo's aufzutreten. Redner versicherte denjenigen, welche ihr Geld in Freiheitsbonds anlegten, diese würden jeden Dollar ihres Nennwertes wert sein. Und das sollten sie auch sein.

Wir stehen darauf in der Ueberzeugung, daß das Vertrauen des Volkes zur Regierung nicht erschüttert werden darf. Falls das Volk übers Ohr gehauen ist, so sollte das nicht der Regierung zur Last gelegt werden, sondern übereffrigen Beamten.

## Achtung, Wähler!

An die Wähler des First Senatorial District.

Der Unterzeichnete, durch die Erfahrungen der letzten zwei Jahre genötigt, wird in den kommenden Primärwahlen wie auch in den Herbstwahlen das demokratische Staatsstimmrecht für einen Kandidaten auf dem republikanischen Ticket aber möchte er doch ganz energisch eintreten und ihn den Wählern des First Senatorial District empfehlen. Herr August F. Brunke von Sterling, Neb., bewirbt sich um das Mandat des First Senatorial District von Nebraska. Einen besseren Mann wie ihn können sich als ihren Vertreter in der nächsten Legislatur die freigeilich gesonnenen Bürger von Otoe und Johnson und Nemaha County nicht wünschen. Herr Brunke, der eine lutherische Gemeindegemeinschaft, dann nach Absolvierung der Hochschule die Staatsuniversität besuchte, nun aber schon seit Jahren in der Nähe Sterlings eine Farm bearbeitet, ist, wie schon aus diesem seinem Bildungsgang ersicht werden kann, in hervorragendem Maße für den Posten befähigt. Was ihm aber unter Vertreten ganz besonders gewinnen muß, ist der Umstand, daß wir in ihm einen durchaus ehrenhaften Mann als unseren Vertreter in der Legislatur wählen werden, der mannhaft für wahrhaft amerikanische Prinzipien und Ideale eintreten und darum aller und jeder Zwangsgesetzgebung, wie sie die Vergangenheit uns brachte, sich entgegenstellen wird. Dem Unterzeichneten ist, obwohl Herr Brunke zu anderem kirchlichen Lager gehört als er selbst, Herr Brunke persönlich bekannt. Er weiß also ganz genau, was er sagt—Am Dienstag, den 20. April, ist Primärwahl. Für Wähler des First Senatorial District, betreibt auch an der Primärwahl, geht Herr August F. Brunke eure Stimme, sein Name ist, wie gesagt, auf dem republikanischen Ticket zu finden. Auf dem demokratischen Ticket kann sein Name unter der heading: Legislative Ticket—State Senator, First District, eingefügt werden.

G. Bergtraeger, Sterling, Neb.

— Es bezahlt sich, in den „Klassifizierten Anzeigen“ der Tribune zu annoncieren.

## Aus Grand Island.

Grand Island, Neb., 16. April.

Hiram W. Johnson erhält großartigen Empfang. Das Niederbrang Auditorium war gestern abend schon vor der angelegten Zeit, acht Uhr, bis zum letzten Platz besetzt. Die Seitengänge wurden angefüllt und viele, welche später kamen, konnten noch nicht einmal Sitzplätze bekommen. Infolge seiner Handlungen im Senat in Reden und Abstimmungen erschien jeder mit den Erwartungen einen Volksmann zu hören und niemand war enttäuscht. Er erläuterte in einer 1½-stündigen ununterbrochenen Rede, in welcher Weise die Reorganisation vor sich gehen müsse, um die Vereinigten Staaten aus der bestehenden Katastrophe zu bringen. Wenn er die Nacht hätte, würde er in erster Linie alle Kriegswangsgesetze aufheben und erklärte es als ein Verbrechen an die Nation, die Paragraphen der sogenannten „League of Nations“, so unangenehm wie sie von Präsident Wilson zur Annahme vorgelegt wurden. Er bezweifle nicht, daß Wilson unter den besten Absichten gehandelt habe, nur hätte er seine Wünsche nicht zur Geltung gebracht. Johnson erklärte, er sei entschieden dagegen, seine Ehre und die Ehre seiner Mitbürger nach Europa zu schicken, um ihr Leben zu opfern für Streitigkeiten dritter Nationen, welche sich meistens um gegenseitigen Länderraub handeln. Hinsichtlich der Rechte unserer Bürger sei er dafür, den Arbeitern Gerechtigkeit zuzuwenden zu lassen und ihre Organisationen anzuerkennen, zu gleicher Zeit sollten radikale Ausschreitungen mit aller Strenge unterdrückt werden. Den Profitieren und Ausbeutern müßte das Handwerk gelegt werden, und jenen Patrioten, welche sich in die amerikanische Flagge wickeln und damit ihr unsauberes Handwerk zu betreiben, müßte die verdiente Strafe zuteil werden. Während des Krieges seien hunderte von Millionen Dollars geradezu verschwendet worden. Dies sei eine Ursache der hohen Steuern auf unsere Lebensbedürfnisse und hätte besonderen Einfluß auf die hohen Preise aller Produkte und „High Cost of Living.“ Hiram Johnson hielt die Massenversammlung während seiner Rede in Spannung, er spricht mit Ueberzeugung, klar und mit Energie, er hat mit seinem gelassenen Auftreten viele Stimmen gewonnen.

und die Primärwahl am nächsten Dienstag, den 20. April, wird zeigen, daß das Volk für Hiram W. Johnson als Präsident eingenommen ist.

## Aus Iowa.

Des Moines, Ia.—Zwei kleine Kinder, die dreijährige Elizabeth Waertlett und Genevieve Volander wurden von Sidney Dranski mit seinem Auto überfahren. Die erstere ist tot und die zweite liegt im kritischen Zustande im Hospital.—An den Folgen des Sturzes von Holzalkoholgetränken sind in wenigen Tagen 5 Personen schwer erkrankt. Die Menge beschränkt, daß wenigstens einer derselben sterben wird.—Die Metropolitan Jewellers, dem Des Moines Theater zunächst gelegen, sind um Schmutzfischen im Werte von \$2,500 beraubt worden. Der Dieb schleuderte einen Stein durch das Bodenfenster und holte sich die besten Schaufenster durch das Loch im Glas heraus.

Fort Madison, Ia.—Der hier ansässige Mexikaner Estrada trock unter einem Ephebuszug, wo er mit seinen Kleibern an einer Schraube hängen blieb. Ehe er sich freimachen konnte, setzte sich der Zug in Bewegung. Der erschrockene Mexikaner flammerte sich mit Händen und Füßen an eine Bremsenstange und

wurde in dieser gefährlichen Lage mitgeführt. Erst in Galesburg wurde der unfreiwillige Hinde Passagier bemerkt und halb bewußtlos unter dem Juge hervorgeholt. Er liegt jetzt schwer krank darnieder und man befürchtet, daß er infolge der Aufregung den Verstand eingebüßt hat.

Abonniert auf die Tägliche Tribune

**Hören Sie Hitchcock's Antwort an Bryan**  
.. im ..  
— Auditorium —  
heute Abend.  
Eintritt frei.

## LEWIS C. PAULSON

Kandidat für Distriktsrichter.

Sechster Gerichts-Distrikt von Nebraska.

Primärwahlen am 20. April 1920 auf besonderem Stimmzettel. Ihre Unterstützung wird erbeten.

Herr Paulson wurde vor 42 Jahren in Kearney County geboren und praktizierte als Anwalt 19 Jahre in Minden, Neb. Wurde im Jahre 1902 zum County-Anwalt von Kearney County gewählt und hatte dies Amt zwei Termine inne. Im Jahre 1914 wurde er wieder zum County-Anwalt von Kearney County erwählt und hatte dies Amt ebenfalls zwei Termine inne. Paulson ist jetzt in Minden, Nebraska, anlässlich. Der 10. Gerichts-Distrikt (Judicial District) umfaßt folgende Counties: Clay, Adams, Webster, Kearney, Franklin, Phelps und Garland.

Herr Paulson verspricht den Wählern, um deren bewirbt, eine gewissenhafte Stimmen er sich hiermit Verwaltung des wichtigen Richter-Amtes.



GOULD DIETZ  
Kandidat für Distrikts-Delegat

für den zweiten Distrikt zur republikanischen National-Konvention. Falls erwählt, werde ich die Instruktionen der Bürger dieses Distrikts befolgen.

## Europäer wollen Demokraten werden

Völkerbundliga der Sudetenländer (deutscher Zweig)  
Omaha, am 13. März 1920.  
Sehr geehrter Herr Chefredakteur!  
Seit einigen Wochen senden wir Ihnen unser Organ „Völkerbund“ zu und hoffen, daß Sie dasselbe regelmäßig erhalten. Sie werden daraus erfahren, in welcher gefährlichen Situation sich das 4 Millionen starke deutschböhmische Volk in der tschecho-slawischen Republik befindet.

Der preussische Militarismus hat auch unser Volk ins Unglück geführt. Wilson, der es in der Hand hatte, Europa die Ruhe zu schenken, hat den Gewaltfrieden unterzeichnet und es dahin gebracht, daß Europa derzeit ein großes Heerlager von vielen Millionen Soldaten ist, die, da sie nicht arbeiten, den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas heraufbeschwären. Kein Mensch glaubt mehr an die Kraft, die in der Demokratie liegt. Wir müssen aber in Europa Demokraten werden. Diese Aufgabe im Rahmen unseres Staates durchzuführen und auch das deutsche Reich zu beeinflussen, hat sich unsere Liga, die der „Union of democratic Control in London“ angegeschlossen ist, zur Aufgabe gemacht. Eine großartige Organisation zum Schutze der Demokratie ist bei uns leicht durchzuführen, doch ist sie mit einem großen Geldauswand verbunden, der in dem wirtschaftlich so schwer geschädigten Lande nicht mehr aufgebracht werden kann. Wir wenden uns daher an das deutsch-amerikanische Volk um Hilfe.

die es uns mit Rücksicht auf die Rakuta leicht bringen kann. Wir bitten Sie daher recht herzlich, in Ihrem Blatte einige Notizen zu bringen, worin die Deutschamerikaner, namentlich jene, die aus Deutschböhmen stammen, gebeten werden, ihre Namen uns bekannt zu geben, sich in allen größeren Orten in Amerika zusammenzuschließen und einen deutschböhmischen Demokratienklub in Amerika zu gründen. Damit sie aber ständig über die Verhältnisse in der Heimat informiert sind, so wird ihnen das Mon-

nument des „Völkerbund“ dringend empfohlen, weil es eine Hauptinformationsquelle der Liga darstellt. Bisher leicht gelingt es mit Hilfe der deutschamerikanischen Presse auch englisch sprechende Amerikaner für diese Sache zu gewinnen. Für alle Hilfe bestens dankend, zeichnet sich das Präsidium der Liga  
Korec m. p.  
— Man unterstütze die deutsche Presse, indem man zu ihrer Verbreitung beiträgt.

**Geldsendungen**  
nach allen Teilen der Welt, deutsche Städte-Bonds und Schiffskarten nach allen Häfen Europas.  
INTERNATIONAL EXCHANGE  
1307-09 Howard St  
OMAHA, NEB  
Telephone: Tyler 340

**Union of Republican Clubs**  
**Große Massenversammlung**  
Montag abend, den 19. April  
**AUDITORIUM**  
**MONTAVILLE FLOWERS**  
Der silberzüngige Redner aus California wird eine Rede halten über  
**LEONARD WOOD**  
Den Mann der Stunde und wird die Rede  
**HIRAM JOHNSON'S**  
beantworten. Montaville Flowers ist einer der bestinformiertesten Redner über politische Themas der Gegenwart und seine Rede wird von Tatsachen strotzen  
Er wird es interessant machen  
Verpassen Sie nicht, zugegen zu sein!